

# Angst vor der Entschlammung

VON CHRISTOPH PÜTZ

**KAARST** Die Entscheidung der Kreis-Grundwasser-Kommission, dass der Jüchener Bach entschlammt werden soll (die NGZ berichtete gestern), hat den Kaarster Grundwasser-Initiativen Auftrieb gegeben. Franjo Rademacher, Vorsitzender des Förderkreis Holzbüttgen, kündigte gestern im Gespräch mit der NGZ an: „Anfang des neuen Jahres will der Förderkreis zu einem weiteren intensiven Meinungsaustausch mit allen Parteien kommen. Ein konstruktives Gespräch mit der FDP hat bereits stattgefunden. Grüne/Bündnis 90

und die CDU sowie die SPD haben ein Treffen in Aussicht gestellt. Die UWG wird sich einem solchen Gespräch sicher auch nicht verweigern.“

Eine aktuelle Umfrage des Förderkreises vom November zeige, dass 97 Prozent aller Bürger eine Entschlammung für notwendig halten und sie als eine öffentliche Pflichtaufgabe sehen, die auch vom Nordkanal-Verband zu finanzieren sei. 82 Prozent, so Rademacher, fühlten sich vom Grundwasser betroffen und würden sich über Gebühren angemessen an den Kosten, die auf den Nordkanal-Verband zukommen, be-

teiligen. Das Wichtigste: „Ein Nordkanal-Entwicklungskonzept für die Zukunft muss dringend her“, so Rademacher und erteilt der aus seiner Sicht „egoistischen und durchsichtigen Aussage“ des Neusser Bürgermeisters Herbert Napp, sich nicht an den Kosten zu beteiligen und auch keine Kreismittel für eine Entschlammung zu akzeptieren, eine Absage. „Er hat nur Angst, dass eine Entschlammung auf Kaarster Gebiet ihm Nachteile bringt“, so die Vertreter des Förderkreises. Sie kritisieren auch die gestrige Aussage von Landrat Dieter Patt, dass „die Entscheidung in Kaarst zu treffen ist“. Zuständig sei und bleibe der Nordkanal-Verband.

Auch Norbert Drüeke, Fraktionsvorsitzender der UWG, meldete sich zu Wort: „Die angekündigte Entschlammung des Jüchener Baches dient der Aufrechterhaltung seiner Funktion als Vorfluter. Genau diese Funktion hatte und hat auch heute noch der Nordkanal.“ Obwohl die UWG die satzungsmäßige Verpflichtung des Nordkanalverbandes zur Entschlammung in der jüngsten Ratssitzung deutlich heraus gestellt habe, wurde der Antrag mit dem Hinweis abgelehnt, die Stadt Kaarst habe dafür kein Geld.

„Was macht man, wenn die politischen Mehrheiten im Nordkanal-

Verband, im Kreis und der Stadt Kaarst nicht wollen? Man verändert die Zuständigkeiten und ist aus dem Schneider?“, fragt Drüeke. Mit dem Ratsbeschluss vom 8. Dezember seien diese Zuständigkeiten des Nordkanal-Verbandes beziehungsweise des Kreises unnötigerweise aufgegeben worden. „Und die Kommission des Rhein-Kreises hat dies ja in seiner gestrigen Sitzung – dadurch deutlich gemacht, dass man keine Entscheidung fälle. Warum

sollte man auch, da dies ja nunmehr eine rein Kaarster Angelegenheit ist“, so Drüeke gestern. Und er ergänzt: „Die Hinhaltenaktik des Kreises – keine Beschlussfassung – und des Stadtrats ist unwürdig angesichts der berechtigten Sorgen der Betroffenen.“ Der UWG-Fraktionsvorsitzende Norbert Drüeke macht einen Vorschlag, um den Nordkanal zu retten: „Es ist unstrittig, dass der Nordkanal ein Kulturdenkmal höchster Kategorie ist. Dieses 200 Jahre alte Denkmal zu erhalten, wäre bestimmt auch im Sinne der Kulturbehörden des Landes und des Bundes. Dazu müsste allerdings die Untere Denkmalbehörde – nämlich die Stadt Kaarst – erst einmal tätig werden. Doch auch diesbezüglich geschah bisher nichts, obwohl schon mehrfach angemahnt.“

**BERICHT SEITE D 2**

**„Die Hinhaltenaktik des Kreises und des Stadtrates ist unwürdig angesichts der Sorgen der Betroffenen.“**



Durch die beschlossene Entschlammung des Jüchener Baches ist das Thema ins Blickfeld geraten und es wird verstärkt über die Entschlammung des Nordkanales diskutiert.